Landes-
hauptstadt Kiel

Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung ab1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen: P II/64 fortlaufend

Hinweis: Die Qualität und Lesbarkeit des digitalen Dokuments ist abhängig von der Qualität der Vorlage. Bei einigen Protokollen muss daher mit Abstrichen bei der Lesbarkeit und der Durchsuchbarkeit des Dokuments gerechnet werden!

DER STADTPRÄSIDENT

Kiel, den 22. Februar 1979

An die
Damen und Herren Mitglieder der Ratsversammlung

Betr.: Sondersitzung der Ratsversammlung am 5. März 1979

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die SPD-Ratsherrenfraktion hat mich mit Schreiben vom heutigen Tage gebeten, nach § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Ratsversammlung und die Ausschüsse der Stadt Kiel eine Sondersitzung der Ratsversammlung für Montag, den 5. März 1979 einzuberufen. Als Beratungsgegenstand wurde der Punkt "Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel" angegeben.

Ich lade Sie daher hiermit zu einer

Sondersitzung der Ratsversammlung
am Montag, dem 5. März 1979, 16.00 Uhr,
im Rathaus, Ratssaal

ein.

Einziger Punkt der Tagesordnung: Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel.

- Es wird gebeten, das zur letzten Sitzung der Ratsversammlung hierzu übersandte Material zu verwenden. -

Mit freundlichen Grüßen

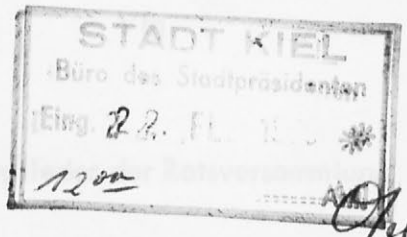
Johanning

SPD
Sozialdemokraten

RATSHERRENFRAKTION

An
das Büro des Stadtpräsidenten

h i e r



F (0431) 901-2527 ODER 2528 · BANKVERBINDUNG: KIELER SPAR- UND LEIHKASSE KONTO 106443 · RATHAUS · 2300 KIEL 1

Kiel, den 22. Februar 1979

Betr.: Sondersitzung der Ratsversammlung

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

gemäß § 5, Absatz 3, der Geschäftsordnung für die Ratsversammlung beantrage ich hiermit eine Sondersitzung der Ratsversammlung für Montag, den 5. März 1979, 16.00 Uhr, und bitte als Punkt auf die Tagesordnung zu setzen:

"Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel".

Das Material hierzu wurde bereits zur letzten Sitzung übersandt.

gez. Claus M ö l l e r
Fraktionsvorsitzender

F.d.R.

DER STADTPRÄSIDENT

Kiel, den 22. Februar 1979

Vfg.

1. An die
Damen und Herren Mitglieder der Ratsversammlung

Betr.: Sondersitzung der Ratsversammlung am 5. März 1979

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die SPD-Ratsherrenfraktion hat mich mit Schreiben vom heutigen Tage gebeten, nach § 5 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Ratsversammlung und die Ausschüsse der Stadt Kiel eine Sondersitzung der Ratsversammlung für Montag, den 5. März 1979 einzuberufen. Als Beratungsgegenstand wurde der Punkt "Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel" angegeben.

Ich lade Sie daher hiermit zu einer

Sondersitzung der Ratsversammlung
am Montag, dem 5. März 1979, 16.00 Uhr,
im Rathaus, Ratssaal

ein.

Einziger Punkt der Tagesordnung: Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel.

- Es wird gebeten, das zur letzten Sitzungsder Ratsversammlung hierzu übersandte Material zu verwenden. -

Mit freundlichen Grüßen

Mitzeichnung OB :

S t a d t K i e l
Büro des Stadtpräsidenten

22. Februar 1979

Vfg.

1. An
die Kieler Nachrichten
Fleethörn 1-3
2300 Kiel 1

Betr.: Amtliche Bekanntmachungen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bitten, den nachstehenden Text baldmöglichst als Amtliche Bekanntmachung zu veröffentlichen :

"Sondersitzung der Ratsversammlung am 5. März 1979.
Am Montag, dem 5. März 1979, findet um 16.00 Uhr im Ratssaal des Rathauses eine Sondersitzung der Ratsversammlung mit dem Beratungspunkt "Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel" statt.
J o h a n n i n g, Stadtpräsident"

2. Folgende Mitteilung ist am Schwarzen Brett auszuhängen :

" Sondersitzung der Ratsversammlung am 5. März 1979.
Am Montag, dem 5. März 1979, findet um 16.00 Uhr im Ratssaal des Rathauses eine Sondersitzung der Ratsversammlung mit dem Beratungspunkt "Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel" statt.
J o h a n n i n g, Stadtpräsident "

3. Zu den Akten.

DER STADTPRÄSIDENT

Kiel, den 26. Februar 1979

An
die Damen und Herren
Mitglieder der Ratsversammlung

Sondersitzung der Ratsversammlung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die für Montag, den 05. 03. 1979, angekündigte Sondersitzung der Ratsversammlung ist nach Abstimmung im Ältestenrat auf

Mittwoch, den 07. 03. 1979,
16.00 Uhr, Ratssaal,

verlegt worden.

Die lediglich aus dem Punkt "Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel" bestehende Tagesordnung bleibt unverändert.

Mit freundlichen Grüßen

J o h a n n i n g

DER STADTPRÄSIDENT

Kiel, den 26. Februar 1979

An
die Damen und Herren
Mitglieder der Ratsversammlung

Sondersitzung der Ratsversammlung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die für Montag, den 05. 03. 1979, angekündigte Sondersitzung der Ratsversammlung ist nach Abstimmung im Ältestenrat auf

Mittwoch, den 07. 03. 1979,
16.00 Uhr, Ratssaal,

verlegt worden.

Die lediglich aus dem Punkt "Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel" bestehende Tagesordnung bleibt unverändert.

Mit freundlichen Grüßen

Mitzeichnung OB:

26/2

Stadt Kiel
Der Magistrat
Hauptamt

Ma/Kk

Frau Martin

2442
Rathaus
220

1) Kieler Nachrichten
Fleethörn 1 - 3

2300 Kiel 1

ab: 26/2. lua.

Amtliche Bekanntmachungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten, den nachstehenden Text zum frühestmöglichen Zeitpunkt als Amtliche Bekanntmachung zu veröffentlichen:

"Sondersitzung der Ratsversammlung

Die für Montag, den 05. 03. 1979, angekündigte Sondersitzung der Ratsversammlung ist auf Mittwoch, den 07. 03. 1979, 16.00 Uhr, Ratssaal, Rathaus, verlegt worden. Einziger Punkt der Tagesordnung: Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel.

Johanning, Stadtpräsident"

Mit freundlichen Grüßen

2) Folgende Mitteilung ist am Schwarzen Brett auszuhängen:

"Sondersitzung der Ratsversammlung

Die für Montag, den 05. 03. 1979, angekündigte Sondersitzung der Ratsversammlung ist auf Mittwoch, den 07. 03. 1979, 16.00 Uhr, Ratssaal, Rathaus, verlegt worden. Einziger Punkt der Tagesordnung: Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel.

Johanning, Stadtpräsident"

3) Z. d. A.

Im Auftrag

lua.

Martin

H a u p t a m t
00.0.24.04
00.0.24.05
00.0.25.22 Ma/Kk

Kiel, den 23. Januar 1979

Gebundene Unterlagen über die Sitzungen des Magistrats und der Ratsversammlung

Bis zum Ende des Jahres 1978 enthielt eine gebundene Ausfertigung der Unterlagen über eine Sitzung des Magistrats bzw. der Ratsversammlung jeweils einen Abdruck der Tagesordnung mit sämtlichen Beratungsunterlagen, das Original der Tagesordnung sowie nochmals alle Beratungsunterlagen in Form der Niederschrift (Magistrat) bzw. der Kurzniederschrift (Ratsversammlung).

Da eine zweite Ausfertigung der Beratungsunterlagen entbehrlich ist, enthalten die gebundenen Exemplare der o. a. Sitzungen ab sofort nur noch die Originaltagesordnung und die Niederschrift (Magistrat) bzw. die Kurzniederschrift (Ratsversammlung) mit sämtlichen Beratungsunterlagen. Bei der Ratsversammlung kommt dann noch die sogenannte Langniederschrift hinzu.

Den gebundenen Ausfertigungen über die Sitzungen des Magistrats und der Ratsversammlung ist jeweils ein Abdruck des vorstehenden Vermerkes beizufügen.

K n u t h

Anwesenheitsliste

Sondersitzung

für die Sitzung der Ratsversammlung am 7. 3. 1979

Lfd. Nr.		Name	Unterschrift
1.	Stadtrat	Balzersen	Balzersen
2.	Ratsherr	Bergien	
3.	Ratsherr	Dr. Bernhardt	anwesend
4.	Ratsherr	Breitkopf	anwesend
5.	Ratsherrin	Detlef	Dr. Detlef
6.	Stadtrat	Diekelmann	entschuldigt
7.	Ratsherr	Diesel	
8.	Stadtrat	Engelmann	
9.	Ratsherr	Fröhlich	
10.	Ratsherr	Günther	
11.	Ratsherr	Hänsler	anwesend
12.	Stadtrat	Hagelstein	
13.	Ratsherr	Heilig	anwesend
14.	Ratsherr	Dr. Hermann	
15.	Ratsherr	Hess	anwesend
16.	Ratsherr	Hirte	-4-
17.	~~Stadtrat~~ Ratsherr	~~Hochheim~~ Boysen	-4-
18.	Ratsherrin	Hofer	-4-
19.	Stadtrat	Ipsen	
20.	Stadtpräsident	Johanning	anwesend
21.	Ratsherr	Krumrey	(spätes Erscheinen)
22.	Ratsherr	Küster	anwesend
23.	Ratsherrin	Lange	
24.	Ratsherr	H.-J. Lange	
25.	Ratsherr	W. Lange	
26.	Ratsherr	Leest	
27.	Stadtrat	Lippe	anwesend
28.	Ratsherr	Lüth	-4-

Lfd. Nr.		Name	Unterschrift
29.	Stadtrat	Möller	anwesend
30.	Ratsherr	Nykamp	-4-
31.	Ratsherr	Peters	
32.	Ratsherr	Petersen	
33.	Ratsherr	Rapsch	
34.	Ratsherr	Raupach	
35.	Ratsherr	Dr. Reimers	
36.	Ratsherrin	Reyer	
37.	Ratsherr	Rönnefahrt	
38.	Ratsherr	Rösser	
39.	Ratsherr	Rüdel	anwesend
40.	Stadtrat	Sauerbaum	-4-
41.	Ratsherr	Schmidt-Brodersen	-4-
42.	Ratsherr	Schöning	
43.	Ratsherrin	Sievers	
44.	Ratsherr	Spickhoff	
45.	Stadtrat	Stegemann	anwesend
46.	Ratsherr	Stein	entschuldigt
47.	Ratsherr	Tschorn	anwesend
48.	Ratsherrin	Witt	
49.	Ratsherr	Zimmer	anwesend

Kurzniederschrift

über die Sondersitzung der Ratsversammlung am 7. März 1979

Beginn: 16.05 Uhr Ende: 18.35 Uhr

Sitzungsunterbrechung: Keine

Vorsitzender: Stadtpräsident J o h a n n i n g

1. Schriftführer: Ratsherr H e ß , Ratsherr Wolfgang L a n g e

2. Schriftführer: Ratsherr Dr. B e r n h a r d t , Ratsherr B e r g i e n

Anwesend: Stadträte: Balzersen, ~~Diekelmann~~, Engelmann, Hagelstein, Ipsen, Lippe, Möller, Sauerbaum, Schöning, ~~Stegemann~~

Ratsherren: Bergien, Dr. Bernhardt, Boysen, Breitkopf, Frau Detlef, Diesel, Fröhlich, Günther, Hänsler, Heilig, Dr.Hermann Heß, Hirte, Frau Hofer, ~~Krumrey~~, Küster, Frau Lange, Hans-Joachim Lange, Wolfgang Lange, Leest, Lüth, Nykamp, Peters, Petersen, Rapsch ,Raupach, Dr.Reimers, Frau Reyer, Rönnefahrt, Rösser, Rüdel, Schmidt-Brodersen, Spickhoff, Frau Sievers, ~~Stein~~, Tschorn, Frau Witt, Zimmer

Es fehlen entschuldigt: Ratsherren : Krumrey , Stein
Stadträte: Diekelmann, Stegemann

Es fehlen unentschuldigt: ----

Anwesende hauptamtliche Magistratsmitglieder: Oberbürgermeister Bantzer, Bürgermeister Hochheim, Stadtbaurat Bartels, Stadtschulrat Dr. Lohmann, ~~Stadtrat Lütgens~~, ~~Stadtrat Dr. Moll~~, Stadtrat Quade

Außerdem sind anwesend: Mitglieder der Ortsbeiräte und Amtsleiter

./.

Zu Punkt 28 der TO (Magistrat)

Schulausschuß
Schulamt — Zu Punkt 26 der TO (RV)

Kiel, den 9. Februar 1979

Drucksache 55 - Dringlichkeitsvorlage

Betr.: Status und Ausbau der Gesamtschule in Kiel

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Lohmann

Antrag:

1. Die Integrierte Gesamtschule Friedrichsort ist gegenwärtig ein unverzichtbares Schulangebot in Kiel.

2. Die Landesregierung Schleswig-Holstein und die Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages werden aufgefordert, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, daß den integrierten Gesamtschulen der Status einer Regelschule neben den bestehenden Schulformen gesetzlich zuerkannt und das Recht auf Gesamtschulbesuch gesetzlich verankert wird.

3. Der Magistrat wird beauftragt, unter den Eltern der Schüler der 3. Grundschulklassen eine Umfrage durchzuführen, um festzustellen, wieviele Eltern ihre Kinder bei einem entsprechenden Angebot auf eine Gesamtschule schicken würden.
Der Antrag gilt vorbehaltlich der Genehmigung der Umfrage durch das Landesschulamt.

- Endgültige Beschlußfassung durch die Ratsversammlung -

Begründung:

1. Die Kultusminister der Länder vereinbarten mit Beschluß vom 27. 11. 1969 ein Experimentarprogramm für Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Bei jedem einzelnen Versuch sollte das zuständige Kultusministerium eine wissenschaftliche Untersuchung durchführen.

In Schleswig-Holstein wurden aufgrund des Beschlusses der Kultusministerkonferenz zwei integrierte und drei kooperative Gesamtschulen errichtet. Herrn Professor Wolfgang Royl wurde das Projekt Lernerfolgsmessung 1971 übertragen.

In dem 1973 verabschiedeten Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission hat der Bund und die Mehrheit der Bundesländer festgestellt, daß eine allgemeine wissenschaftsorientierte Grundbildung die Vermeidung einer vorzeitigen Festlegung auf bestimmte Bildungsgänge und die Berücksichtigung der Neigungen und der Befähigungen des einzelnen bei Beibehaltung eines verpflichtenden Kernbereichs die Organisationsform der integrierten Gesamtschule bedingen. Fünf Bundesländer, unter ihnen Schleswig-Holstein, gaben ein besonderes Votum zur Errichtung von Gesamtschulen ab: "Erst wenn die vorgesehene Auswertung des gesamten Versuchsprogramms abgeschlossen ist und die damit verbundene wissenschaftliche Begleituntersuchung vorliegt, kann darüber entschieden werden, welches von den Systemen - das reformierte gegliederte Schulwesen, die kooperative Gesamtschule oder die integrierte Gesamtschule - den Vorzug verdient oder ob gegebenenfalls die verschiedenen Systeme nebeneinander ihre Berechtigung haben."

2. Im Oktober 1978 hat das Kultusministerium Schleswig-Holstein den Forschungsbericht von Prof. Dr. Wolfgang Royl u.a., Lernerfolgsmessung im Rahmen der wissenschaftlichen Begleituntersuchungen zu den schleswig-holsteinischen Gesamtschulversuchen, Zwischenbericht des Projektes koordinierte Lernerfolgsmessung, herausgegeben.

Der Forschungsbericht Lernerfolgsmessung kommt zu folgenden Ergebnissen:

2.1 Soziale Zusammensetzung

Innerhalb des 5. Schuljahres des traditionellen Schulwesens befinden sich 50,8 % der Unterschicht-Kinder in der Hauptschule, 33,6 % in der Realschule, 15,6 % im Gymnasium. Oberschicht-Kinder sind demgegenüber nur zu 1,1 % in der Hauptschule, zu 18,5 % in der Realschule und zu 80,4 % im Gymnasium. 20,4 % der Mittelschicht-Kinder sind in der Hauptschule, 38,2 % in der Realschule und 41,4 % im Gymnasium.

Demzufolge befinden sich in der Hauptschule 78 % Unterschicht-Kinder und 22 % Mittelschicht-Kinder. Der Anteil der Oberschicht-Kinder erreicht nicht einmal 1 %. Die Gymnasien haben demgegenüber nur 26 % Unterschicht-Kinder, 47 % Mittelschicht-Kinder, aber 27 % Oberschicht-Kinder. Die beiden integrierten Gesamtschulen haben eine weitgehend ausgeglichene Sozialstruktur. Sie besteht zu 50 % aus der Unter-, 41 % aus der Mittel- und 9 % aus der Oberschicht. Die vergleichbaren Zahlen für die Regelschulen lauten 53 %, 36 % und 11 %.

2.2 Mobilität

"Bereits im 6. Schuljahr ist zu beobachten, daß in der kooperativen Gesamtschule 004 das Ausmaß der Mobilität größer ist als im dreigliedrigen Regelschulwesen: Etwa dreifünftel der Schüler dieser Gesamtschule befinden sich in einer höheren Schullaufbahn als im Grundschulgutachten empfohlen war. Dieser Anteil ist mehr als fünfmal so hoch, wie in den Regelschulen." (S. 24)

"In den integrierten Gesamtschulen ist das Ausmaß der Mobilität beträchtlich. Etwa die Hälfte der Schüler hat im 9. Schuljahr das Schullaufbahnniveau gewechselt. Dabei kommen Aufstiege, d.h. günstigere Schulerfolgsprognosen der Gesamtschulen als der Grundschulen, erheblich häufiger vor als Abstiege, d.h. ungünstigere Schulerfolgsprognosen der Gesamtschulen als der Grundschulen. Damit werden insgesamt die Schullaufbahnchancen der Schüler der integrierten Gesamtschulen angehoben." (S. 26 f)

"Schüler mit ungünstigen Schulerfolgsprognosen der Grundschule weisen in den integrierten Gesamtschulen im Vergleich zu Schülern mit günstigeren Prognosen den geringsten Anteil der Übereinstimmung der Prognosen im 4. und 9. Schuljahr auf... Damit verbessern sich ihre Schullaufbahnchancen stärker als die der von der Grundschule als potentielle Realschüler und Gymnasiasten beurteilten Gruppen." (S. 28)

"Es ergibt sich ferner, daß in der integrierten Gesamtschule 002 hauptschulempfohlene Mädchen von der Schullaufbahnverbesserung stärker profitieren als hauptschulempfohlene Jungen." (S. 29)

"Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß in Gesamtschulen, die Angebotsschulen sind, die Schüler im Vergleich zur Schulerfolgsprognose im 4. Schuljahr ihre Schullaufbahnchancen erheblich verbessern. Dies zeigt sich auch für die von der Grundschule mit einer Hauptschulempfehlung ausgestatteten Schüler. Teils haben Mädchen, teils haben Schüler aus der Mittel- und Oberschicht stärker teil an der Schullaufbahnverbesserung als Jungen und Schüler aus der Unterschicht." (S. 30)

2.3 Erziehung in der Schule

Die Erziehung der Schüler durch die Schule, ihre Persönlichkeitsbildung ist im Projekt Lernerfolgsmessung an vier Kriterien überprüft worden, der Extravertiertheit, der Labilität, der Aggressivität und dem Dominanzstreben.

Die Untersuchung kommt zu folgenden Ergebnissen:

"Entgegen der Erwartung ... läßt sich ein differenzierender Einfluß der variablen Schulform auf die Werte des Merkmals Extraversion (außenorientierter Mensch gegenüber einem introvertierten, auf sich selbst gerichteten Menschen) nicht nachweisen. Für die Extraversionswerte von Schülern der Gesamtschulen und der Regelschulen werden keine Unterschiede deutlich." (S. 68)

"Die Variable Schulform erweist sich für die Ausprägung der Mittelwertunterschiede des Merkmals Emotionale Labilität als hoch einflußreich. Entsprechend der Erwartung... sind die Emotionalitätswerte bei Schülern der Gesamtschulen niedriger als bei Schülern der Regelschulen." (S. 74)

Gesamtschüler sind mithin weniger labil.

"Entgegen der Erwartung... finden sich keine bedeutsamen Unterschiede in der Ausprägung der Aggressivitätswerte (spontane Aggressivität) zwischen Schülern der Gesamt- und der Regelschulen". (S. 79)

Gesamtschüler sind mithin spontan nicht aggressiver als andere Schüler.

"Übereinstimmung mit der Erwartung ... erreichen Schüler der Gesamtschule für das Merkmal Dominanzstreben (reaktive Aggressivität) niedrigere Werte als Schüler der Regelschulen". (S. 84)

Gesamtschüler haben mithin eine geringere durchgängige Aggressivität als Regelschüler.

2.4 Angst und Schulunlust

"Entsprechend der Erwartung... zeigen Schüler der Gesamtschulen weniger manifeste Angst als Schüler der Regelschulen. Das gilt sowohl im 6. als im 8. Schuljahr." (S. 89)

"Schüler der Gesamtschulen zeigen in Übereinstimmung mit Hypothese 4 weniger Prüfungsangst als Schüler der Regelschulen. Das gilt sowohl im 6. Schuljahr als auch im 8. Schuljahr." (S. 94)

"Schüler der integrierten Gesamtschulen zeigen weniger Prüfungsangst als Schüler der kooperativen Gesamtschulen. Das gilt sowohl im 6. Schuljahr als auch im 8. Schuljahr." (S. 94)

"Durch die Einbeziehung der variablen Schulform treten übereinstimmend mit Hypothese 5 für das 6. Schuljahr hochbedeutsame Unterschiede der Mittelwerte des Merkmals Schulunlust hervor. Der Mittelwertvergleich ergibt, daß Schüler der Gesamtschule niedrigere Schulunlustwerte haben als Schüler der Regelschulen. Dieser Effekt ist in entsprechender Form auch für die 8. Klassen nachweisbar." (S. 99)

2.4 Intelligenz und Fachleistungen

"Gesamtschüler erzielen höhere Deutschleistungen als Regelschüler. Auch erfahren Jungen, Schüler aus der Unterschicht und Schüler mit niedriger Intelligenz in den Gesamtschulen eine stärkere Forderung als in den Regelschulen. Es zeigt sich, daß die Leistungsunterschiede zwischen Gesamt- und Regelschülern im 7. Schuljahr geringer sind als um 8. Schuljahr, ein Befund der die zunehmende Bedeutung des Merkmals Schulform kennzeichnet." (S. 35)

"Im 7. Schuljahr fallen die Differenzen in den Deutschleistungen zwischen den drei Intelligenzgruppen in den Regelschulen stärker aus als in den Gesamtschulen. Für die Leistungsunterschiede zwischen den beiden Sozialschichten läßt sich dies zu diesem Zeitpunkt nur tendenziell aufzeigen. Dagegen liegen die Leistungsdifferenzen im 8. Schuljahr sowohl zwischen Jungen und Mädchen als auch zwischen den Schülern unterschiedlichen Intelligenzniveaus und verschiedener sozialer Herkunft in den Gesamtschulen stets niedriger als in den Regelschulen. Dieser Sachverhalt drückt die abnehmende Abhängigkeit der Deutschleistungen von den Merkmalen Sozialschicht, Geschlecht und Intelligenz aus." (S. 35)

"Gesamtschüler erreichen keine höheren Englischleistungen als Regelschüler. Jedoch werden Kinder aus der Unterschicht und Schüler mit niedrigem Intelligenzniveau in den Gesamtschulen stärker gefördert als in den Regelschulen." (S. 38)

"Es erweist sich, daß Schüler aus der Unterschicht und Schüler mit niedriger Intelligenz in den Gesamtschulen ein im Vergleich zu den Regelschulen höheres Leistungsniveau erzielen. Somit ist der Zusammenhang sowohl zwischen sozialer Schichtzugehörigkeit und Englischleistungen als auch Intelligenz und Englischleistung in den Gesamtschulen weniger stark ausgeprägt als in den Regelschulen. Dies gilt nicht für die Beziehung zwischen Geschlecht und Leistung." (S. 38)

"Regelschüler zeigen höhere Mathematikleistungen als Gesamtschüler. Unterschichtkinder hingegen, besonders Mädchen der Unterschicht, werden in den Gesamtschulen vergleichsweise stärker gefördert als in den Regelschulen... in den Gesamtschulen wird der Zusammenhang zwischen Sozialschicht und Mathematikleistungen uneinheitlich." (S. 41)

"Gesamt- und Regelschüler unterscheiden sich im 9. Schuljahr nicht in ihrem Intelligenzniveau. Lediglich in den Untertests "Allgemeinbildung" sowie "Raumvorstellung und Gliederungsfähigkeit" zeichnen sich schulformspezifische Unterschiede ab. Während bei der "Allgemeinbildung" die Regelschüler sich vor den Gesamtschülern auszeichnen, sind es in den Untertests "Raumvorstellung und Gliederungsfähigkeit" die Gesamtschüler, die ein höheres Niveau erreichen." (S. 44)

"Schüler der Mittel- und Oberschicht und Mädchen haben höhere Intelligenzwerte als Schüler der Unterschicht und Jungen. Diese Aussage ist für die Untertests "Raumvorstellung und Gliederungsfähigkeit" dahingehend zu modifizieren, daß in den Gesamtschulen die Mädchen ein höheres Niveau , in den Regelschulen aber ein niedrigeres Nivau als Jungen erzielen. Beim Untertest "Allgemeinbildung" ist ferner zu beobachten, daß die Niveauunterschiede zwischen den Sozialschichten in den Regelschulen stärker ausgeprägt sind als in den Gesamtschulen." (S. 44)

3. Zusammenfassung

Der Forschungsbericht Lernerfolgsmessung von Professor Dr. Wolfgang Royl hat mithin ergeben, daß Gesamtschüler weniger labil und weniger durchgängig aggressiv sind, daß sie geringere allgemeine und Prüfungsangst und weniger Schulunlust haben als Regelschüler. An den Gesamtschulen steigt die Chance zu qualifizierten Abschlüssen. Die Fach- und Intelligenzleistungen von Gesamtschülern sind denen des Regelschulwesens zumindestens gleichwertig. Die Leistungsunterschiede zwischen den Geschlechtern und den Sozialschichten werden durch Gesamtschulen eher verringert.

Die Ergebnisse integrierter Gesamtschulen übertreffen häufig die der kooperativen Gesamtschulen.

Damit hat der Forschungsbericht Lernerfolgsmessung die schleswig-holsteinischen integrierten Gesamtschulen bestätigt. Die Integrierte Gesamtschule Friedrichsort hat damit auch ihre wissenschaftliche Bewährung bestanden.

Der Schulausschuß hat dem Antrag wie folgt zugestimmt:

Ziffer 1: Einstimmig nach Antrag

Ziffern 2 und 3: Mit sechs gegen vier Stimmen angenommen.

Stadtschulrat Dr. L o h m a n n weist darauf hin, daß der Magistrat in seiner Sitzung am 14. Februar 1979 beschlossen hat, im Antrag unter Punkt 1) das Wort "gegenwärtig" herauszunehmen.

Stadtrat H a g e l s t e i n stellt namens der F.D.P.-Fraktion folgenden Änderungsantrag zur Drucksache 55 :

1) Die Integrierte Gesamtschule Friedrichsort ist ein unverzichtbares Schulangebot in Kiel.

2) Die Landesregierung Schleswig-Holstein und die Fraktionen des schleswig-holsteinischen Landtages werden aufgefordert, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, daß die Schulversuche mit integrierten Gesamtschulen rechtlich besser abgesichert und, wo dies dem Elternwillen entspricht, im Rahmen einer das ganze Land Schleswig-Holstein umfassenden Konzeption für Schulversuche vermehrt werden.

3) Der Magistrat wird beauftragt, unter den Eltern der Schüler der 3. und 4. Grundschulklassen eine Umfrage durchzuführen, um festzustellen, wieviele Eltern ihre Kinder bei einem entsprechenden Angebot auf eine Gesamtschule schicken würden. Der Umfrage hat eine umfassende objektive Information über die Gesamtschule vorauszugehen.
Der Antrag gilt vorbehaltlich der Genehmigung der Umfrage durch das Landesschulamt.

Dabei beantragt er gleichzeitig, einzeln über die Ziffern abzustimmen.

Ratsherr T s c h o r n beantragt namens der CDU-Ratsherren-Fraktion, das Wort "gegenwärtig" unter Ziffer 1 der Drucksache 55 wieder aufzunehmen.

S t a d t p r ä s i d e n t läßt über diesen Antrag abstimmen.

Beschluß: Mit Mehrheit a b g e l e h n t.

Über die Ziffer 1 des Antrages der F.D.P.-Fraktion vom 6. März d.Js. wird nicht abgestimmt, da diese Ziffer 1 mit der Ziffer 1 der Drucksache 55 in der Form des Magistratsbeschlusses identisch ist.

Abstimmung über Ziffer 2 des F.D.P.-Antrages:

Mit Mehrheit a b g e l e h nt.

Abstimmung über Ziffer 3 des F.D.P.-Antrages:

Mit Mehrheit a n g e n o m m e n.

Stadtrat M ö l l e r stellt namens der SPD-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag :

Die Punkte 4), 5) und 6) werden angefügt :

4. Die Schulentwicklungsplanung der Stadt Kiel wird schrittweise in dem Maße verwirklicht, wie es dem Elternwillen nach dem Ergebnis der Befragung entspricht.

5.

5. Bei allen Teilschritten ist eine frühzeitige Beteiligung der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrer zu gewährleisten.

6. Diese Grundsätze sind auch Bestandteil der beschlossenen Schulentwicklungspläne der Landeshauptstadt Kiel.

S t a d t p r ä s i d e n t läßt über Ziffer 4 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion abstimmen :

Beschluß: Mit Mehrheit a n g e n o m m e n
bei mehreren Gegenstimmen und einigen Enthaltungen

Abstimmung über Ziffer 5 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion.

Beschluß: N a c h A n t r a g - mit Mehrheit angenommen bei mehreren Gegenstimmen und einigen Enthaltungen -

Sodann ruft S t a d t p r ä s i d e n t Ziffer 6 zur Abstimmung auf.

Stadtrat S a u e r b a u m ist der Meinung, daß auch bereits bei den Abstimmungen zu Ziffer 4 und 5 nicht bei allen Ratsmitgliedern Klarheit darüber herrschte, worüber abgestimmt wird, weil der Ergänzungsantrag der SPD nicht den Ratsmitgliedern schriftlich vorliegt. Er bittet um Wiederholung der Abstimmung zu Ziffern 4 und 5 des Ergänzungsantrages der SPD.

Stadtrat M ö l l e r bittet daraufhin, im Absatz 6 noch aufzunehmen " (Ziff. 4 und 5)", so daß der Absatz 6 des Ergänzungsantrages der SPD nunmehr wie folgt lautet :

6. Diese Grundsätze (Ziff. 4 und 5) sind auch Bestandteil der beschlossenen Schulentwicklungspläne der Landeshauptstadt Kiel.

S t a d t p r ä s i d e n t verliest nunmehr noch einmal die Ziffern 4, 5 und 6 des Ergänzungsantrages und läßt darüber abstimmen. Die Abstimmungen haben folgendes Ergebnis :

Zu Ziffer 4 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion:
Mit Mehrheit a n g e n o m m e n
bei mehreren Gegenstimmen und einigen Enthaltungen.

Zu Ziffer 5 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion:
Mit Mehrheit a n g e n o m m e n
bei mehreren Gegenstimmen und einigen Enthaltungen.

Zu Ziffer 6 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion in der geänderten Form :
Mit Mehrheit a n g e n o m m e n
bei mehreren Gegenstimmen und einigen Enthaltungen.

Abstimmung über die Drucksache 55 :

Zu Ziffer 1 in der Form des Magistratsbeschlusses (ohne das Wort "gegenwärtig") :
Mit Mehrheit a n g e n o m m e n
ohne Stimmenthaltungen

Zu Ziffer 2 :

Mit Mehrheit a n g e n o m m e n
ohne Stimmenthaltungen.

Zu Ziffer 3 :

Über diesen Absatz wird nicht mehr abgestimmt, da der Ziffer 3 des Änderungsantrages der F.D.P.-Fraktion zugestimmt wurde.

Gesamtabstimmung über die Drucksache 55 einschließlich der beschlossenen Änderungen in folgender Form :

1. Die Integrierte Gesamtschule Friedrichsort ist ein unverzichtbares Schulangebot in Kiel.

2. Die Landesregierung Schleswig-Holstein und die Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages werden aufgefordert, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, daß den integrierten Gesamtschulen der Status einer Regelschule neben den bestehenden Schulformen gesetzlich zuerkannt und das Recht auf Gesamtschulbesuch gesetzlich verankert wird.

3. Der Magistrat wird beauftragt, unter den Eltern der Schüler der 3. und 4. Grundschulklassen eine Umfrage durchzuführen, um festzustellen, wieviele Eltern ihre Kinder bei einem entsprechenden Angebot auf eine Gesamtschule schicken würden. Der Umfrage hat eine umfassende objektive Information über die Gesamtschule vorauszugehen.
   Der Antrag gilt vorbehaltlich der Genehmigung der Umfrage durch das Landesschulamt.

4. Die Schulentwicklungsplanung der Stadt Kiel wird schrittweise in dem Maße verwirklicht, wie es dem Elternwillen nach dem Ergebnis der Befragung entspricht.

5. Bei allen Teilschritten ist eine frühzeitige Beteiligung der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrer zu gewährleisten.

6. Diese Grundsätze (Ziff. 4 und 5) sind auch Bestandteil der beschlossenen Schulentwicklungspläne der Landeshauptstadt Kiel.

Beschluß: N a c h A n t r a g - mit Mehrheit bei 2 Enthaltungen -

Anmerkung:

Die Tagesordnung bestand nur aus dem Punkt
"Status und Aufbau der Gesamtschule in Kiel".

Stadtpräsident

Ratsherr

Ratsherr

Ratsherr
(Schriftführer)

Ratsherr

Kiel, den 13.3.79

Neise

Sauerbaum

Hauptamt

Kiel, den 11.3. 1949

1) Je eine Ausfertigung der vorstehenden Niederschrift haben das Büro des Stadtpräsidenten und das Rechnungsprüfungsamt zur Kenntnis erhalten. Einen Auszug hat das Schulamt zur Kenntnis und weiteren Veranlassung erhalten.

2) z.d.A.

Martin

N I E D E R S C H R I F T

über die Sondersitzung der Ratsversammlung

am 07. März 1979

Rathaus, Ratssaal

Öffentliche Sitzung

Beginn: 16.05 Uhr — Ende: 18.35 Uhr

Sitzungsunterbrechung: ./.

Anwesend:	Stadtpräsident Johanning
Stadträte:	Balzersen, Engelmann, Hagelstein, Ipsen, Lippe, Möller, Sauerbaum, Schöning
Ratsherren:	Bergien, Dr. Bernhardt, Boysen, Breitkopf, Frau Detlef, Diesel, Fröhlich, Günther, Hänsler, Heilig, Dr. Hermann, Heß, Hirte, Frau Hofer, Küster, Frau Lange, Hans-Joachim Lange, Wolfgang Lange, Leest, Lüth, Nykamp, Peters, Petersen, Rapsch, Raupach, Dr. Reimers, Frau Reyer, Rönnefahrt, Rösser, Rüdel, Schmidt-Brodersen, Spickhoff, Frau Sievers, Tschorn, Frau Witt, Zimmer
Anwesende hauptamtliche Magistratsmitglieder:	Oberbürgermeister Bantzer, Bürgermeister Hochheim, Stadtbaurat Bartels, Stadtschulrat Dr. Lohmann, Stadtrat Quade
Es fehlen entschuldigt:	Stadtrat Diekelmann, Stadtrat Stegemann, Ratsherr Krumrey, Ratsherr Stein
Vorsitzender:	Stadtpräsident Johanning
1. Schriftführer:	Ratsherr Heß, Ratsherr Wolfgang Lange
2. Schriftführer:	Ratsherr Dr. Bernhardt, Ratsherr Bergien
Außerdem sind anwesend:	Mitglieder der Ortsbeiräte und Amtsleiter
Die Niederschrift wurde gefertigt von:	Frau Martin

- Die der Kurzniederschrift beigefügten Beratungsunterlagen sind auch Bestandteil dieser Niederschrift -

Anmerkung:

Wie aus den dieser Niederschrift vorgehefteten Schreiben hervorgeht, hatte die SPD-Ratsherrenfraktion mit Schreiben vom 22. 02. 1979 eine Sondersitzung der Ratsversammlung für Montag, den 05. 03. 1979, mit dem einzigen Tagesordnungspunkt "Ausbau und Status der Gesamtschule in Kiel" beantragt. Diesem Wunsch ist der Stadtpräsident nachgekommen. Die Angelegenheit wurde dann aber am 26. 02. 1979 auf Antrag der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion im Ältestenrat behandelt. Dabei einigte man sich darauf, die Sondersitzung nicht am 05., sondern erst am 07. 03. 1979 durchzuführen.

Zu Beginn der Sitzung stellt Stadtpräsident J o h a n n i n g fest, daß 44 Mitglieder der Ratsversammlung anwesend sind, damit ist die Ratsversammlung beschlußfähig.

Als Beratungsunterlage liegt die Drucksache 55 vom 09. 02. 1979 vor. +) Stadtschulrat Dr. L o h m a n n (SPD) weist aber darauf hin, daß der Magistrat in seiner Sitzung am 14. 02. 1979 beschlossen hat, in Ziffer 1 des Antrages das Wort "gegenwärtig" zu streichen. Er führt dann weiter aus, daß die Gesamtschulen in der Bundesrepublik Deutschland die wissenschaftlich am besten untersuchten Schulen sind. Diese Untersuchungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß bei den Gesamtschulen mehr Chancengleichheit besteht, die Furcht vor dem Sitzenbleiben sehr gering ist, da es kaum Sitzenbleiber gibt, die Schulangst erfreulich niedriger als bei herkömmlichen Schulen liegt, Gesamtschüler weniger Vorurteile gegenüber anderen sozialen Gruppen und Schichten haben und kaum zu Hause Hausaufgaben erledigen müssen. Die These, daß diese Vorteile durch eine Leistungssenkung erkauft werden, ist bei den Begleituntersuchungen nicht bestätigt worden. Da jeder weiß, wie wichtig heutzutage ein Schulabschluß für den weiteren Lebensweg eines Jugendlichen ist, ist es jetzt an der Zeit, daß die Integrierte Gesamtschule gesellschaftlich abgesichert wird, d. h., sie muß Regelschule neben den anderen Schulformen werden. Dabei ist aber der Begriff Regelschule nicht identisch mit einziger Pflichtschule. Es ist nicht einzusehen, weshalb Eltern, die der Überzeugung sind, daß die Gesamtschule für ihre Kinder mehr Chancen bietet, nicht das Recht haben sollen, sie auch auf eine Gesamtschule zu schicken. Daher ist es der richtige Weg, daß die Gesamtschulen in Kiel in dem Maße angeboten werden, wie sie von den Eltern gewünscht werden. Die Grundlage, den Elternwillen zu ermitteln, soll eine Befragung der Eltern der Schüler der 3. Grundschulklassen bilden.

Ratsherr T s c h o r n (CDU) geht dann auf die einzelnen Ziffern des Antrages ein. Er meint, der Stadtschulrat habe es sich in seiner Begründung sehr einfach gemacht, denn er ist nicht auf die Schulprobleme in Kiel eingegangen. Die in den Kieler Nachrichten signalisierte Zustimmung der CDU-Fraktion zu der Ziffer 1 des Antrages ist jetzt nicht mehr gegeben, da das Wort "gegenwärtig" gestrichen wurde. Er stellt klar, daß hier aber die Integrierte Gesamtschule Friedrichsort (IGF) nicht ins Gerede kommen sollte. Seine Fraktion steht weiter zu der Entscheidung, diesen Schulversuch durchzuführen. Daher ist es auch

+) Wortlaut des Antrages siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift

folgerichtig, im Antrag festzulegen, daß diese Schule gegenwärtig ein unverzichtbares Schulangebot in Kiel ist. Aus seiner Sicht gehört die Ziffer 2 des Antrages eigentlich gar nicht in die Ratsversammlung. Abgesehen davon ist ihm der Zeitpunkt dieses Antrages nicht ganz verständlich. Entweder kommt er zu spät, d. h., er hätte vor Verabschiedung des Schulentwicklungsplanes gestellt werden müssen, oder aber zu früh, weil die Versuche mit den Integrierten Gesamtschulen noch in keiner Weise abgeschlossen sind. Sprecher bezieht sich hierzu auf das Gutachten von Prof. Royl "Zwischenbericht des Projekts Koordinierte Lernerfolgsmessung". Er zitiert aus der Vorbemerkung des Herausgebers (Kultusministerium), daß es sich bei dieser Broschüre um einen weiteren Zwischenbericht über die Arbeit der Jahre 1971 bis 1977 handelt, der nur den ersten Schülerjahrgang beschreibt, und daß es verfehlt wäre, von diesem Zwischenbericht abschließende Aussagen zu erwarten. Ein abschließendes Urteil über die schleswig-holsteinischen Gesamtschulversuche sei noch nicht möglich. Die CDU-Fraktion ist daher der Meinung, man sollte zunächst einmal weiter abwarten und erst dann eine Entscheidung treffen.
Die Ziffer 3 des vorliegenden Antrages, nämlich die Elternumfrage, ist von der SPD-Fraktion erst dann im Schulausschuß eingebracht worden, als bereits Unruhe in der Elternschaft bestand, das bedeutet, daß dieser Punkt nachgeschoben wurde. Handelt es sich hierbei vielleicht um eine verkappte Umfrage im Interesse der Einführung der Integrierten Gesamtschulen? Sprecher kann hierzu nur auf das Beispiel von Hamburg verweisen. Bei der Umfrage zur Gesamtschule haben sich in Hamburg 21 % der Eltern für die Integrierte Gesamtschule ausgesprochen, als es dann aber um die Anmeldungen ging, waren es nur noch 18 %, die ihre Kinder tatsächlich angemeldet haben. Die Konsequenz der Umfrage ist aber, daß fast alle herkömmlichen Gymnasien aufgelöst werden zugunsten der Integrierten Gesamtschulen. Die SPD Hamburg hat hierzu ein Flugblatt verfaßt, das einfach skandalös ist. In diesem Flugblatt heißt es, daß die Integrierten Gesamtschulen den herkömmlichen Schulformen wegen des pädagogischen Konzepts und weil sie um 40 % besser ausgestattet sind, überlegen sind, und dies müsse so sein, denn Förderung sei besser als Auslese, dies sollten die Eltern bei den Anmeldungen bedenken. In diesem Flugblatt heißt es dann weiter, daß die Möglichkeit, nach der 6. Klasse ein Gymnasium zu besuchen, nur theoretisch besteht, denn in einigen Jahren würde es in Hamburg nur noch zwei 7stufige Gymnasien geben. So wird von der Hamburger SPD argumentiert. Die CDU-Fraktion will aber gerade einen unlauteren Wettbewerb zwischen Integrierten Gesamtschulen und dem herkömmlichen Schulsystem vermeiden.

Die Diskussion um die Kieler Gelehrtenschule ist seines Erachtens nur ein Beispiel für andere Kieler Schulen, im Endeffekt sollen nämlich bestehende Schulen umgewandelt werden. Es sind Pläne erarbeitet worden, die nur dann einen Sinn haben, wenn die Gelehrtenschule und die Gerhardschule in eine Integrierte Gesamtschule umgewandelt werden. Das Ganze ist aber nichts Neues, denn schon im Schulentwicklungsplan steht, daß die Einführung der integrierten Sekundarstufe I und die Integration der Allgemein- und Berufsbildung innerhalb der Sekundarstufe II geplant sind und eine Station hierzu

die Zusammenlegung in Schulzentren der Sekundarstufe I ist. Die CDU-Fraktion ist nicht mehr in dem guten Glauben, daß der Stadtschulrat sich geändert hat, wie dies noch bei den Haushaltsberatungen 1979 den Anschein hatte, Stadtschulrat Dr. Lohmann erscheint seiner Fraktion vielmehr wie der Wolf im Schafspelz. Er hat versucht, nach außen still zu sein, aber in der Verwaltung längst Pläne für die Einführung der Gesamtschulen in Kiel erarbeiten lassen.

Sodann geht Sprecher auf ein Schreiben des Oberbürgermeisters im Zusammenhang mit den Plänen zur Errichtung eines Sekundarstufenzentrums I - Gelehrtenschule/Gerhardschule - ein. Er ist der Meinung, daß der Oberbürgermeister dadurch, daß er sich vor den Stadtschulrat stellt, einen großen Fehler gemacht hat, denn er hat sich damit vor eine Sache gestellt, die nicht zu vertreten ist, und der Oberbürgermeister ist kein Schulexperte, sein Schreiben stimmt einfach sachlich nicht und widerspricht auch dem, was der Stadtschulrat selbst gesagt hat. Der Oberbürgermeister versichert z. B., daß keine Planung der Stadt vorsieht, Gesamtschulen anstelle der bestehenden Gymnasien vorzusehen, dagegen erinnert der Stadtschulrat an den Schulentwicklungsplan I, in dem sich die Stadt zum Ziel der Integrierten Gesamtschule bekennt und Standorte beschlossen hat, zu denen auch die Gelehrtenschule und die Gerhardschule gehören. Daraufhin habe er (der Stadtschulrat) es als seine Pflicht angesehen, die planerischen Voraussetzungen zu schaffen. Welche von diesen beiden Aussagen stimmt denn nun aber eigentlich? Die SPD spricht hier doch mit zwei Zungen, und zwar der Oberbürgermeister als Beschwichter und der Stadtschulrat als Gesamtschulfetischist.

Stadtrat M ö l l e r (SPD) beginnt mit dem Hinweis, das Bekenntnis zur Gesamtschule sei durchgängige Aussage der SPD-Programme bis hin zur Europawahl. Die Vertreter der SPD halten die Gesamtschule für die bessere Schule gegenüber dem herkömmlichen Schulsystem. Diese Auffassung wird nicht von allen Eltern, Lehrern und der CDU geteilt, was ihr gutes Recht ist. Die Ratsversammlung hat aber nun einmal beschlossen, daß der Schulentwicklungsplanung die Gesamtschule als langfristige Zielvorstellung zugrunde liegt. Das aber hat mit einer Geheimplanung doch wirklich nichts zu tun. Aus seiner Sicht geht es bei der Diskussion gar nicht so sehr um bildungspolitische Fragen, die CDU will vielmehr mit Halbwahrheiten Eltern und Schüler verunsichern und damit von den eklatanten Mißständen im Schulwesen in Schleswig-Holstein ablenken. Sodann geht Sprecher auf die Pläne für eine Sporthalle im Bereich der Gelehrtenschule ein. Er erwartet von einer Verwaltung, daß sie bei ihren Planungen die Terminologie der geltenden Beschlüsse verwendet. Der Oberbürgermeister hat in seiner Klarstellung völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß diese Pläne mit der Einrichtung eines Schulzentrums Sekundarstufe I an der Gelehrtenschule nichts zu tun haben. Es geht lediglich darum, die Sporthalle zu planen und dabei gleichzeitig schon vorzusehen, was sich in diesem Bereich langfristig ergeben könnte, d. h., Optionen offenzuhalten. Dies ist aber bei allen Planungen der Fall. Sprecher kritisiert, daß in der KN-Berichterstattung der Schulentwicklungsplan nur auszugsweise zitiert wird und gerade dann nicht, wenn es um die Festschreibung der gymnasialen Oberstufe geht. Außerdem

findet eine Vermischung mit der Meinung des Journalisten statt. Es ist zwar das gute Recht des Journalisten, das zu schreiben, was er für richtig hält, allerdings sieht seine Fraktion dies als einen schlechten Stil des Journalismus an.

Seine Fraktion wird den Ziffern 1 - 3 des Antrages zustimmen, denn der Antrag beinhaltet in der Fassung des Magistrats zu Ziffer 1 eine eindeutige Aussage zur Integrierten Gesamtschule Friedrichsort. Zu Ziffer 2 ist zu sagen, daß seine Fraktion sehr wohl dafür ist, daß weitere Gesamtschulen als Regelschulen eingeführt werden. Die Gesamtschule ist eine Angebotsschule. Und zu Ziffer 3 bemerkt er, man sollte nicht mehr lange darüber reden, wieviele Gesamtschulen wohl erforderlich sind, sondern jetzt die Elternbefragung durchführen. Die Umfrage braucht nicht auf die Gesamtschule beschränkt zu sein, es kann auch gefragt werden, auf welche Schule die Eltern ihre Kinder schicken wollen. Ihm ist nicht klar, weshalb die CDU nicht bereit ist, überhaupt einmal festzustellen, wie der Elternwille eigentlich aussieht. Das Land fürchtet wohl offensichtlich das Ergebnis einer solchen Befragung. Auf die Diskussion um die Gelehrtenschule eingehend erklärt er, er sei der Überzeugung, daß sich in der Befragung auch eine Reihe von Eltern zum humanistischen Gymnasium bekennen wird. Wenn in einer Stadt wie Kiel ein humanistisches Gymnasium dreizügig gewollt wird, das auch in der Oberstufe lebensfähig ist, dann ist das ein Elternwille, den seine Fraktion respektiert, daher steht die Gelehrtenschule überhaupt nicht zur Diskussion. Im übrigen ist es so, daß in dieser Legislaturperiode ohnehin nur ein oder zwei Gesamtschulen in Kiel errichtet werden könnten. Die nächste Gesamtschule wird eingeführt werden, ohne daß auch nur ein bestehendes Gymnasium um seine Existenz bangen muß.

Sprecher stellt namens der SPD-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag:

"Die Punkte 4, 5 und 6 werden angefügt:

4. Die Schulentwicklungsplanung der Stadt Kiel wird schrittweise in dem Maße verwirklicht, wie es dem Elternwillen nach dem Ergebnis der Befragung entspricht.
5. Bei allen Teilschritten ist eine frühzeitige Beteiligung der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrer zu gewährleisten.
6. Diese Grundsätze sind auch Bestandteil der beschlossenen Schulentwicklungspläne der Landeshauptstadt Kiel."

Zu den Ausführungen von Ratsherrn Tschorn bemerkt Stadtrat H a g e l s t e i n (F.D.P.), daß hier die in der Presse begonnene "Gespensterschlacht" in eleganter Form fortgesetzt wird. Das beginnt mit dem Stichwort der Geheimpläne, und wenn es ausgerechnet von dem Landtagsabgeordneten Dr. Bendixen aufgegriffen wird, der seit vielen Jahren Mitglied des städtischen Schulausschusses ist, dann muß man sich doch fragen, ob die Unredlichkeit noch

weitergetrieben werden kann. Als geheim kann man doch nur etwas bezeichnen, was der Öffentlichkeit nicht bekannt ist. Diese Aussagen sind aber Inhalt des Schulentwicklungsplanes, und dieser ist der Öffentlichkeit bekannt. Daher kann man nicht von geheim sprechen. Sprecher kann zwar verstehen, daß die CDU jetzt ein Ablenkungsmanöver startet, auch unter Einbeziehung von Hamburg, allerdings ist ihm nicht verständlich, wieso man dann mit der Parole "Es geht nur um Schleswig-Holstein" in den Landtagswahlkamp zieht. In Schleswig-Holstein vertritt die F.D.P. die Auffassung, daß die Gesamtschule nicht als Regelschule eingeführt wird. Die CDU aber will mit ihren Darstellungen von der katastrophalen Lehrerversorgung ablenken. Man kann wohl sagen, daß das einzige, was im Schulbereich läuft, die Erfüllung des sogenannten "Barschel-papieres" bezüglich der Besetzung der Direktorenstellen mit CDU-treuen Mitarbeitern ist. Die Behauptung der CDU, sie sei ergebnisoffen, kann er jedenfalls nicht nachvollziehen.

Sprecher führt dann weiter aus, daß die Integrierte Gesamtschule Friedrichsort für seine Fraktion nicht nur gegenwärtig ein unverzichtbares Schulangebot ist. Er glaubt, daß die CDU diesen Schulversuch auslaufen lassen und ihn dann "kippen" will. Die CDU-Fraktion aber spielt hier mit den Interessen der Betroffenen, und es ist ihr offensichtlich nicht klar, was dabei herauskommt, wenn die Gesamtschule ständig angegriffen wird, d. h., was den Schülern, die diese Schule verlassen, damit angetan wird. Man muß auch berücksichtigen, was wohl Arbeitgeber denken, wenn sich Schulabgänger einer derart negativ beurteilten Schule bei ihnen bewerben. Aus seiner Sicht hat Ratsherr Tschorn versucht, Neidkomplexe gegenüber der Ausstattung der Gesamtschulen im Vergleich zu den übrigen Schulen aufzubauen. Dies mag vielleicht in Hamburg so sein, für Kiel trifft es aber nicht zu.

Sodann geht Sprecher auf Äußerungen des Landtagsabgeordneten Dr. Bendixen hinsichtlich der F.D.P.-Haltung zur Gesamtschulfrage ein und zitiert hierzu aus dem Landtagswahlprogramm 1975 seiner Partei. Darin heißt es, daß neben den kurzfristigen Maßnahmen wie Senkung der Schülerzahlen die notwendigen grundlegenden Reformen nach sorgfältiger Vorbereitung vorangetrieben werden müssen zur offenen Schule als liberaler Form der Gesamtschule. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert. Die Gesamtschule soll nicht als Regelschule eingeführt, sondern es sollen weitere Schulversuche abgewartet werden, denn die Versuchsphase ist noch nicht abgeschlossen. Dies kann frühestens nach einem 13jährigen Durchlauf der Fall sein. Und es könnte vielleicht auch sein, daß der Berufsweg ehemaliger Gesamtschüler wissenschaftlich begleitet werden müßte. Möglicherweise würden sich hier aber durch den Zeitablauf Schwierigkeiten einstellen. Er kritisiert, daß es in Schleswig-Holstein seit Jahren keine Konzeption gibt, um Schulversuche landesweit abzusichern. Auf den Problemkreis der Gelehrtenschule eingehend bemerkt er, seine Fraktion halte den humanistischen Bildungsweg für so wichtig, daß sie sich selbst dann dafür aussprechen würde, wenn nur eine Einzügigkeit gegeben wäre. Diese Befürchtung besteht allerdings nicht. Eine Amputation der Gelehrtenschule kommt für die F.D.P.-Fraktion überhaupt nicht in Frage.

Sodann stellt Sprecher namens der F.D.P.-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

"1. Die Integrierte Gesamtschule Friedrichsort ist ein unverzichtbares Schulangebot in Kiel.

2. Die Landesregierung Schleswig-Holstein und die Fraktionen des schleswig-holsteinischen Landtages werden aufgefordert, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, daß die Schulversuche mit integrierten Gesamtschulen rechtlich besser abgesichert und, wo dies dem Elternwillen entspricht, im Rahmen einer das ganze Land Schleswig-Holstein umfassenden Konzeption für Schulversuche vermehrt werden.

3. Der Magistrat wird beauftragt, unter den Eltern der Schüler der 3. und 4. Grundschulklassen eine Umfrage durchzuführen, um festzustellen, wieviele Eltern ihre Kinder bei einem entsprechenden Angebot auf eine Gesamtschule schicken würden. Der Umfrage hat eine umfassende, objektive Information über die Gesamtschule vorauszugehen.

Der Antrag gilt vorbehaltlich der Genehmigung der Umfrage durch das Landesschulamt."

Er weist darauf hin, daß seine Fraktion einen Beschluß, die Gesamtschule als Angebotsregelschule einzuführen, nicht mittragen wird, denn dies würde lediglich die Begriffsverwirrung fördern. Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen sind die Schularten innerhalb des bestehenden Regelschulsystems. Daher sieht seine Fraktion die Formulierung des Stadtschulrates hierzu für nicht haltbar an.

Ratsherr Z i m m e r (CDU) beginnt mit dem Sprichwort "Die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube". Er erinnert daran, daß der Begriff des Elternrechtes älter ist als die Diskussion um die Gesamtschule. Die SPD hätte von vornherein diese Frage mit dem Elternwahlrecht verknüpfen können. Bis vor kurzem ist dies aber nicht der Fall gewesen. Er geht zur Untermauerung seiner Ausführungen auf die SPD-Programme seit 1970 ein, die zumindest im Zusammenhang mit der Gesamtschule kein Wort zum Elternrecht enthalten. Der Stadtschulrat will die Schulreform in 20 Jahren beendet haben, und dann soll es nur noch Gesamtschulen geben. Das Schulgesetz enthält eine Bestimmung, wonach die Eltern bei Schulversuchen zustimmen müssen. Der SPD-Antrag sieht aber nur eine Anhörung der Eltern vor. Und es waren doch die SPD und ihr Stadtschulrat, die verhindern wollten, daß die Schulen in Mettenhof und Elmschenhagen eine gymnasiale Oberstufe erhalten. Wenn es tatsächlich so wäre, daß die SPD das Elternrecht achtet, dann ist es doch unverständlich, wie es nach Zerschlagung der Pläne zur Gelehrtenschule zu einem derartigen Zick-Zack-Kurs der SPD kam. Wie man sich erinnern wird, erschien zunächst ein Bericht in der Presse darüber, daß Pläne zur Gelehrtenschule bestehen. Nach einigen Tagen ließ dann der Stadtschulrat das Schulamt erklären, daß es keine

Pläne zur Zerschlagung der Gelehrtenschule gibt. Auch der Oberbürgermeister hat hierzu Stellung genommen. Es wäre allerdings besser gewesen, er hätte nichts gesagt, dann hätte er sich auch nicht blamiert, und viele Eltern wären sich nicht verschaukelt vorgekommen. Der Stadtschulrat fand dann die Schuldigen in der Bauverwaltung, so jedenfalls ist aus einem Artikel der Morgenpost zu entnehmen. Das Stadtplanungsamt hat aber lediglich eine Bitte des Stadtschulrates erfüllt, nämlich einen Standort zwischen Gelehrten- und Gerhardschule für die Errichtung eines Schulzentrums Sekundarstufe I zu ermitteln. Während sich nun Stadtrat Lippe in die Publikumsbeschimpfung flüchtete, schimpfte Stadtrat Möller auf die Presse. Was hätte er bei dieser schlechten Lage der SPD auch anderes tun sollen. Die Diskussion um die Gelehrtenschule läuft seit mehreren Wochen. Es muß dabei verwundern, daß erst heute von der SPD-Fraktion ein Ja zum Erhalt der Gelehrtenschule kommt. Als Fazit kann man nur sagen, die Kieler SPD hat in der Schulpolitik jeglichen Überblick verloren. Seine Fraktion jedenfalls traut der SPD nicht mehr über den Weg, und es wäre gefährlich, Politikern wie dem Oberbürgermeister, Stadtrat Lippe und Stadtrat Möller durch die Elternbefragung Gelegenheit zur Manipulation des Elternwillens zu geben.

Zur historischen Reminiszenz seines Vorredners möchte sich Stadtrat L i p p e (SPD) auf den Hinweis beschränken, daß diese Methodik genauso dazu geeignet wäre darzustellen, daß die CDU gegen die soziale Marktwirtschaft ist, denn entsprechende Pläne gibt es z. B. aus den 40er Jahren. Seine Fraktion hat jedenfalls keine Schwierigkeiten zuzugeben, daß sie aus bestimmten Vorgängen gelernt und in diesem einen Punkt (Oberstufen) ihre Meinung verändert hat. Sodann geht Sprecher auf die Ausführungen von Ratsherrn Tschorn und die Behauptung ein, in Hamburg sollten bis auf wenige Ausnahmen die Gymnasien abgeschafft werden. Allerdings hat Ratsherr Tschorn beim Zitieren eine wichtige Passage ausgelassen, denn es ging hierbei um das Überwechseln nach der 6. Klasse der Haupt- bzw. Realschule auf das Gymnasium. Üblicherweise ist es doch so, daß Übergangsklasse immer noch die 4. Klasse ist, und üblicherweise bestehen die Gymnasien aus neun Stufen. Diese Unredlichkeit des Zitierens entspricht aber voll der Kampagne der CDU. Auf die Äußerung von Stadtrat Hagelstein, die CDU wolle in Wirklichkeit den Versuch der integrierten Gesamtschulen nach einigen Jahren wieder kippen, meinte Stadtrat Sauerbaum, das sei doch alles dummes Zeug. Wenn man sich allerdings einmal den Geschäftsverteilungsplan des Landesschulamtes ansieht, so ist als einer der Punkte die Aufhebung von Gesamtschulen enthalten. Sprecher hätte es für gut empfunden, wenn bei der Diskussion in der IGS Friedrichsort diese Frage von dem CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Bendixen nicht verneint worden wäre, sondern wenn er gesagt hätte, daß es so ist.

In einem Zwischenruf weist Ratsherr H e i l i g (CDU) darauf hin, daß bei jedem Abteilungsleiter die Aufhebung von Schulen mit zum Verteilungsplan gehört.

Stadtrat L i p p e (SPD) ist aber nicht verständlich, wieso als Aufgabe die Aufhebung der Gesamtschulen vorgesehen ist, wenn jedes Jahr Hunderte von Schülern abgewiesen werden müssen.

Ratsherr R ü d e l (SPD) weist zunächst darauf hin, daß er der Elternschaft und dem Elternbeirat einer Klasse der Gelehrtenschule angehört. Er hält diese Schule für eine gute und wichtige Schule für Kiel und das Umland und spricht sich klar dafür aus, daß sie als Angebotsschule bestehen bleibt. Allerdings hält er Gesamtschulen für genauso wichtig und spricht sich uneingeschränkt dafür aus, daß diejenigen Eltern, die ihre Kinder dorthin schicken möchten, dies auch können. Das aber ist zur Zeit nicht der Fall. Es sind daher bildungspolitische Folgerungen angebracht. Am gestrigen Tage hat er in einer Diskussion mit Vertretern des Schulelternbeirates der Gelehrtenschule verschiedene Fragen aufgeworfen, und zwar, weshalb man versäumt hat, die Stadt um Aufklärung der angeblichen Zerschlagungspläne zu bitten, warum keine schulöffentliche Beratung stattgefunden hat und warum man es seitens der Schule verhindern will, daß die Rechte einer weit größeren Minderheit zur Geltung kommen. Hierauf habe er Antworten erhalten, die ihn keineswegs befriedigen. Danach hat dann ein Gespräch zwischen Vertretern des Magistrats, der Schulleitung und des Elternbeirates stattgefunden, über das er schon einiges Interessantes gehört hat. Er bittet den Oberbürgermeister, der an diesem Gespräch teilgenommen hat, hierüber zu berichten.

Stadtschulrat Dr. L o h m a n n (SPD) führt sodann aus, daß z. B. Kultusminister Prof. Dr. Braun 1974 fast wörtlich gesagt hat, die Gesamtschule sei an ihrem Anspruch der sozialen Integration gescheitert.

An Stadtrat Lippe gewandt erklärt Stadtrat S a u e r b a u m (CDU), daß er sich Form und Ton seiner Äußerungen gegenüber Mitgliedern seiner Fraktion verbittet. Ratsherr Zimmer hat hier eindeutig Beweis darüber geführt, was die SPD früher und gegenwärtig vom Begriff des Elternwillens hält. Beste Beispiele sind hierzu von der SPD in den letzten Wochen und auch wieder hier und heute gebracht worden. Wenn die SPD tatsächlich für den Erhalt der Kieler Gelehrtenschule ist, was hätte dann näher gelegen, als dies nach dem ersten Artikel in den Kieler Nachrichten öffentlich deutlich zu erklären. Wenn diese Erklärung nun heute abgegeben wurde, dann kann dies nur den Eindruck untermauern, daß es sich um nichts anderes handelt als das größte Ablenkungsmanöver, das man seit langer Zeit erlebt hat. Seine Fraktion kann den vorliegenden Anträgen nicht zustimmen, denn sie hat von Beginn an erklärt, daß sie im Bereich der Gesamtschulen ergebnisoffen ist. Bei dieser Einstellung muß man aber darauf bestehen, daß das Wort "gegenwärtig" Bestandteil des Beschlusses bleibt. Stadtrat Hagelstein hat gar nicht bemerkt, daß er sich in seinen eigenen Worten verstrickt hat. Bei den Schulausschußberatungen ist das Wort "gegenwärtig" bewußt in den Antrag aufgenommen worden. Es muß auch enthalten sein, wenn man ergebnisoffen ist.

In einem Zwischenruf weist Stadtrat H a g e l s t e i n (F.D.P.) darauf hin, daß der Antrag von dem Begriff "Schulangebot" ausgeht, und dieses "Schulangebot" hält seine Fraktion für unverzichtbar.

Stadtrat S a u e r b a u m (CDU) meint, daß aber die vorherigen Äußerungen ganz anders geklungen hätten. Er führt dann weiter aus, die SPD habe ihre Glaubwürdigkeit verloren, und das gelte landesweit. Sodann erklärt er, daß seine Fraktion zum Schluß kommen und auf Fragen nicht mehr antworten wird, weil alles gesagt ist. Was die SPD-Fraktion mit dem sogenannten Elternwillen meint nachgeschoben zu haben, ist doch nicht mehr und nicht weniger als Etikettenschwindel.

Da er in der vorausgegangenen Diskussion direkt zitiert wurde, sieht sich Oberbürgermeister B a n t z e r (SPD) gezwungen, hier doch einiges vorzubringen. Er hat bei der heutigen Diskussion manchmal das Gefühl, daß man sich nicht in der Kieler Ratsversammlung befindet, sondern irgendwo draußen im Landtagswahlkampf. So sehr er sich darüber freut, daß über das Recht des Bürgers und der Eltern gesprochen wird, so möchte er doch alle diejenigen fragen, die glauben, die Sache historisch angehen zu müssen, wer denn wohl dafür gesorgt hat, daß die Bürger überhaupt wählen können. Wenn man vom Elternwillen spricht, dann muß man sich auch die Frage stellen, wo das Elternrecht besteht, wie es sich ausdrückt und wie bestimmte Dinge in der Politik manipuliert werden. Man kann nicht ständig vom mündigen Bürger reden, aber dann, wenn es darauf ankommt, seine Möglichkeiten beschneiden. Sprecher räumt ein, daß man sich über die Frage, was Elternwille an den Schulen ist, vielleicht bisher zu wenig Gedanken gemacht hat. Allerdings hat auch die CDU-Fraktion früher nicht über den Elternwillen gesprochen. Zu dem Gespräch in der Kieler Gelehrtenschule teilt er mit, daß dieses in offener, aber hin und wieder doch sehr gereizter Atmosphäre stattgefunden hat. Trotzdem ging es dabei ruhiger zu als heute in der Ratsversammlung. In dieser Diskussion hat sich gezeigt, wie schwierig es ist, Bürgern, aber auch Mitgliedern der Ratsversammlung und der Ausschüsse, planungsrechtliche Ausdrücke und Planungshandeln deutlich zu machen. Es ist ein Irrtum, daß der Stadtschulrat die Dinge im Bereich Feldstraße/Gerhardstraße ins Rollen gebracht hat. Dies war vielmehr unbeabsichtigt der Stadtbaurat, denn als es darum ging, die Sporthalle zu planen, war es für ihn als Städteplaner wichtig zu wissen, was in Zukunft langfristig noch alles geplant werden soll. Sodann geht Sprecher auf ein Interview ein, das Ratsherr Zimmer gegeben, in dem er allerdings nur Teilzitate gebracht hat.

In einem Zwischenruf möchte Ratsherr Z i m m e r (CDU) wissen, woher der Oberbürgermeister die Berechtigung nimmt, andauernd Noten über die Ratsherren abzugeben.

Oberbürgermeister B a n t z e r (SPD) erwidert, Ratsherr Zimmer habe doch ihn im Zusammenhang mit der Manipulation des Elternwillens genannt. Er nimmt sich hier nur das gleiche Recht heraus wie Ratsherr Zimmer. Zurückkehrend auf das Gespräch in der Kieler Gelehrtenschule führt er dann weiter aus, wichtigstes Ergebnis war, daß im Hinblick auf die Anforderungen an die Turnhalle ein Standort gefunden werden muß, auf dem drei kleine Spielfelder untergebracht werden können. Während die Stadt von einer Dreifachturnhalle

ausgeht, sprachen sich Eltern und Vertreter des Landes dafür aus, die alte Halle zu belassen und um eine zweigeteilte Halle zu erweitern. Der Stadtschulrat hat dann angeboten, eine Arbeitsgruppe zur Klärung dieser Fragen zu bilden. Interessant für die Stadt war bei diesem Gespräch auch, daß vom Direktor Bedürfnisse der Schule vorgetragen wurden, die bisher nicht bekannt waren. So fehlen z. B. ein Aufenthaltsraum für Fahrschüler und zusätzliche Klassenräume. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß der Schulhof zu klein ist. Der Vorschlag, den Parkplatz zu verlegen, fand jedoch wenig Gegenliebe. Sprecher hat dann gebeten festzustellen, was die Schule außer den sportlichen Anlagen noch benötigt. Der Vorsitzende des Schulelternbeirates hat dann immer wieder darauf hingewiesen, daß von Zerschlagungsplänen seitens des Elternbeirates nicht gesprochen worden sei. Diese Dinge sind insofern aber etwas schwierig zu beurteilen, da z. B. ein Mitglied des Schulelternbeirates auch Sprecher der Landesregierung ist. An Ratsherrn Zimmer gewandt bemerkt er, er habe mit vielen Eltern über sein Schreiben gesprochen, und es wurde von diesen so verstanden, wie es gemeint war, daß nämlich zur Zeit in diesem Bereich nichts akut ist.

Auf die Zwischenfrage von Ratsherrn R ü d e l (SPD),ob nicht seitens der Schule gebeten worden war, dieses Gespräch vertraulich zu behandeln, erwidert Oberbürgermeister B a n t z e r (SPD), dies sei zutreffend. Er hatte vorgeschlagen, eine gemeinsame Pressemitteilung herauszugeben; dem war aber zu Recht entgegengehalten worden, daß eine nichtssagende Pressemitteilung kaum Sinn hätte und daß man im übrigen wohl sehr lange formulieren müßte, um eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Sprecher hat dann allerdings darauf hingewiesen, daß man ihn in der Ratsversammlung nach dem Gespräch fragen wird. Er hat sich bemüht, objektiv über dieses Gespräch zu berichten. Ob es ihm gelungen ist, kann er nicht beurteilen.

Sodann führt Ratsherr R a u p a c h (SPD) aus, daß ihn an dieser Debatte eigentlich interessiert hatte, inwieweit man eine Antwort darauf bekommt, wie man und mit welchen Methoden den Elternwillen regeln kann. Enttäuschend ist für ihn, daß die CDU nicht den kleinsten Hinweis in die Richtung gezeigt hat, ob man überhaupt bereit ist zu ermitteln, welcher Wunsch bei den Eltern besteht.

Stadtrat M ö l l e r (SPD) bedauert, daß zu der Versammlung in der Kieler Gelehrtenschule, zu der das Angebot von Mitgliedern des Magistrats kam, nur die Elternbeiräte eingeladen wurden. Seines Erachtens wäre es nur recht und billig, wenn jetzt der Magistrat die Eltern insgesamt in geeigneter Form informieren, sie zumindest zu einem Gespräch einladen würde.

Sodann bittet Stadtrat L i p p e (SPD) um das Wort zu einer persönlichen Erklärung und bemerkt, Stadtrat Sauerbaum habe es für richtig gehalten zu behaupten, er hätte die Elterninitiative als Irr- und Dummköpfe bezeichnet. Sprecher legt Wert darauf, daß er dies nicht getan habe.

In einem Zwischenruf erklärt Stadtrat S a u e r b a u m (CDU), er habe diese Behauptung auch nicht aufgestellt.

Sodann beantragt Stadtrat H a g e l s t e i n (F.D.P.), abschnittsweise abstimmen zu lassen.

Auf die Frage von Ratsherrn T s c h o r n (CDU), ob nun über die Magistratsvorlage oder aber über die Schulausschußvorlage abgestimmt wird, erwidert Stadtpräsident J o h a n n i n g , Grundlage sei die Magistratsvorlage.

Stadtschulrat Dr. L o h m a n n (SPD) stellt dann klar, daß der Magistrat in Ziffer 1 des Antrages das Wort "gegenwärtig" gestrichen hat.

Daraufhin beantragt dann Ratsherr T s c h o r n namens der CDU-Fraktion, das Wort "gegenwärtig" in Ziffer 1 der Drucksache 55 wieder aufzunehmen.

Zunächst wird über diesen Änderungsantrag von Ratsherrn T s c h o r n abgestimmt:

Beschluß: Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit a b g e l e h n t .

Über die Ziffer 1 des Antrages der F.D.P.-Fraktion wird nicht abgestimmt, da diese mit der Ziffer 1 der Drucksache 55 in der Form des Magistratsbeschlusses identisch ist.

Abstimmung über die Ziffer 2 des F.D.P.-Antrages:

Beschluß: Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit a b g e l e h n t .

Abstimmung über die Ziffer 3 des F.D.P.-Antrages:

Beschluß: Nach Antrag
- Der Beschluß ergeht mit Stimmenmehrheit -

Abstimmung über Ziffer 4 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion:

Beschluß: Nach Antrag
- Der Beschluß ergeht mit Stimmenmehrheit bei mehreren Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen -

Abstimmung über Ziffer 5 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion:

Beschluß: Nach Antrag
- Der Beschluß ergeht mit Stimmenmehrheit bei mehreren Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen -

Sodann ruft Stadtpräsident J o h a n n i n g Ziffer 6 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion zur Abstimmung auf.

Stadtrat S a u e r b a u m (CDU) ist der Meinung, daß bereits bei den Abstimmungen zu den Ziffern 4 und 5 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion nicht bei allen Ratsmitgliedern Klarheit darüber herrschte, worüber abgestimmt wird, weil dieser Ergänzungsantrag den Ratsmitgliedern nicht schriftlich vorlag. Er bittet um Wiederholung der Abstimmung zu den Ziffern 4 und 5.

Stadtpräsident J o h a n n i n g weist darauf hin, daß die Abstimmung aber korrekt verlaufen ist.

Dies wird von Stadtrat S a u e r b a u m (CDU) auch nicht angezweifelt, trotzdem bittet er um Wiederholung.

Stadtrat M ö l l e r (SPD) bittet daraufhin, in den Absatz 6 des Ergänzungsantrages noch aufzunehmen "(Ziffern 4 und 5)", so daß dieser Absatz nunmehr wie folgt lautet:

> "6. Diese Grundsätze (Ziffern 4 und 5) sind auch Bestandteil der beschlossenen Schulentwicklungspläne der Landeshauptstadt Kiel."

Sodann verliest Stadtpräsident J o h a n n i n g noch einmal die Ziffern 4, 5 und 6 des Ergänzungsantrages der SPD-Fraktion und läßt dann darüber abstimmen.

Diese Abstimmungen haben folgende Ergebnisse:

Zu Ziffer 4 des Ergänzungsantrages:

Beschluß: Nach Antrag
- Der Beschluß ergeht bei mehreren Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen -

Zu Ziffer 5 des Ergänzungsantrages:

Beschluß: Nach Antrag
- Der Beschluß ergeht bei mehreren Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen -

Zu Ziffer 6 des Ergänzungsantrages:

Beschluß: Nach Antrag
- Der Beschluß ergeht mit Stimmenmehrheit bei mehreren Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen -

Sodann wird über die Drucksache 55 abgestimmt.

Beschluß zu Ziffer 1 der Drucksache 55 in der Form des Magistratsbeschlusses (ohne das Wort "gegenwärtig"):

Nach Antrag
- Der Beschluß ergeht mit Stimmenmehrheit ohne Stimmenthaltungen -

Beschluß zu Ziffer 2 der Drucksache 55:

Nach Antrag
- Der Beschluß ergeht mit Stimmenmehrheit ohne Stimmenthaltungen -

Beschluß zu Ziffer 3 der Drucksache 55:

Anmerkung:

Über diese Ziffer wird nicht mehr abgestimmt, da bereits der Ziffer 3 des Änderungsantrages der F.D.P.-Fraktion zugestimmt wurde.

Gesamtabstimmung über die Drucksache 55 einschließlich der beschlossenen Änderungen in folgender Form:

1. Die Integrierte Gesamtschule Friedrichsort ist ein unverzichtbares Schulangebot in Kiel.

2. Die Landesregierung Schleswig-Holstein und die Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages werden aufgefordert, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, daß den integrierten Gesamtschulen der Status einer Regelschule neben den bestehenden Schulformen gesetzlich zuerkannt und das Recht auf Gesamtschulbesuch gesetzlich verankert wird.

3. Der Magistrat wird beauftragt, unter den Eltern der Schüler der 3. und 4. Grundschulklassen eine Umfrage durchzuführen, um festzustellen, wieviele Eltern ihre Kinder bei einem entsprechenden Angebot auf eine Gesamtschule schicken würden. Der Umfrage hat eine umfassende objektive Information über die Gesamtschule vorauszugehen.

   Der Antrag gilt vorbehaltlich der Genehmigung der Umfrage durch das Landesschulamt.

4. Die Schulentwicklungsplanung der Stadt Kiel wird schrittweise in dem Maße verwirklicht, wie es dem Elternwillen nach dem Ergebnis der Befragung entspricht.

5. Bei allen Teilschritten ist eine frühzeitige Beteiligung der betroffenen Eltern, Schüler und Lehrer zu gewährleisten.

6. Diese Grundsätze (Ziffern 4 und 5) sind auch Bestandteil der beschlossenen Schulentwicklungspläne der Landeshauptstadt Kiel.

Beschluß:

Nach Antrag
- Der Beschluß ergeht mit Stimmenmehrheit bei 2 Stimmenthaltungen -

Anmerkung:

Die Tagesordnung bestand nur aus dem Punkt "Status und Aufbau der Gesamtschule in Kiel".

Stadtpräsident

Ratsherr

Ratsherr

Ratsherr
(Schriftführer)

Ratsherr

Anlage 1

Zu Punkt) der Tagesordnung

Schulausschuß
S c h u l a m t

Kiel, den 09. Februar 1979

Drucksache 55

- Dringlichkeitsvorlage -

Betr.: Status und Ausbau der Gesamtschule in Kiel

Berichterstatter: Stadtschulrat Dr. Lohmann

Antrag:

1. Die Integrierte Gesamtschule Friedrichsort ist gegenwärtig ein unverzichtbares Schulangebot in Kiel.

2. Die Landesregierung Schleswig-Holstein und die Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages werden aufgefordert, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, daß den integrierten Gesamtschulen der Status einer Regelschule neben den bestehenden Schulformen gesetzlich zuerkannt und das Recht auf Gesamtschulbesuch gesetzlich verankert wird.

3. Der Magistrat wird beauftragt, unter den Eltern der Schüler der 3. Grundschulklassen eine Umfrage durchzuführen, um festzustellen, wieviele Eltern ihre Kinder bei einem entsprechenden Angebot auf eine Gesamtschule schicken würden.

   Der Antrag gilt vorbehaltlich der Genehmigung der Umfrage durch das Landesschulamt.

- Endgültige Beschlußfassung durch die Ratsversammlung -

H a u p t a m t

Kiel, den 8. Mai 1979

An

a) das Rechtsamt

b) Herrn Oberbürgermeister

h i e r

Landeshauptstadt Kiel
Rechtsamt
Eing. 8. MAI 1979
Anl.
Sachbearb.: Az. 02.
Dez. | Al. | Dl.

Betr.: Niederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 7.3.1979

Nach Abstimmung mit dem Rechtsamt (Schreiben vom 4.2.1977, Az.: 02.10.05 - He/La) kann bei den Niederschriften über die Sitzung der Ratsversammlung auf das Widerspruchsverfahren verzichtet werden, da nach der Rundverfügung I. Teil Nr. 11 vom 1. August 1966 gemäß C. 1. (1) Satz 3 hierfür die Kurzniederschrift maßgebend ist. Von den Niederschriften nimmt das Rechtsamt entsprechend C. 2. (5) Satz 4 der genannten Rundverfügung lediglich Kenntnis.

Die Beschlüsse der Kurzniederschrift und der Niederschrift sind inhaltsgleich, da sie zwischen dem Büro des Stadtpräsidenten und dem Hauptamt abgestimmt werden.

Gegen die Kurzniederschrift der oben angegebenen Sitzung wurde kein Widerspruch erhoben.

/Wir bitten, von der beigefügten Niederschrift Kenntnis zu nehmen.

Im Auftrage:

Lustin

Hauptamt

Kiel, den 18.5.1979

1) Je eine Ausfertigung der Langniederschrift über die Sitzung der Ratsversammlung am 07. März 1979 haben das Büro des Stadtpräsidenten und das Rechnungsprüfungsamt zur Kenntnis erhalten. Weitere Exemplare haben die Fraktionen zur Kenntnis erhalten, und zwar 2 die SPD-Fraktion, 3 die CDU-Fraktion und 1 die F.D.P.-Fraktion. Das Schulamt hat 2 Ausfertigungen zur Kenntnis und weiteren Veranlassung erhalten.

2) Z. d. A.

Lucatis